

James, Harold

Article

Der Zolltarif als Trumpfkarte

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: James, Harold (2024) : Der Zolltarif als Trumpfkarte, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Sciendo, Warsaw, Vol. 104, Iss. 12, pp. 827-832, <https://doi.org/10.2478/wd-2024-0214>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/308262>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Harold James

Der Zolltarif als Trumpfkarte

Die Finanzkrise des Jahres 2008 führte dazu, dass die Globalisierung in Frage gestellt wurde. Die Krise brachte mehr Handelsprotektionismus, verstärkte Migrationsfeindlichkeit und zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg eine anhaltende Phase, in der der Welthandel weniger schnell wuchs als die Weltproduktion. Nach 2008 gab es keine vollständige Umkehr oder De-Globalisierung, sondern eher eine unsichere, „verlangsamte Globalisierung“. In der Folge von COVID-19 erzwangen nationalistisch gesonnene Impfgegner insbesondere in den USA, dem Vereinigten Königreich, Russland und China eine offenere Konfrontation und es kam zu erbitterten Konflikten innerhalb der Europäischen Union. Der Angriff Russlands auf die Ukraine 2022 und die Eskalation der Spannungen um Taiwan verschärften die geopolitischen Konflikte. Es ist folglich leicht – vielleicht zu leicht – eine nicht vorhandene Balance oder Globalisierung, die in einem viralen Dunst oder im Rauch der Konflikte verschwindet, zu extrapolieren.

Tatsächlich ist der Eindruck einer neuen Phase von De-Globalisierung irreführend, kann aber leicht entstehen, da gewöhnliche Außenhandelsstatistiken, die allein den grenzüberschreitenden Warenhandel betrachten, sinkende Im- und Exporte aufweisen. Es ist einfach so, dass das Verarbeitende Gewerbe weltweit an Bedeutung verliert und daher weniger Handel stattfindet: Wir reduzieren die Menge an Dingen, die wir brauchen und kaufen, und gleichzeitig erleben wir vermehrt einen Übergang in eine Welt der schwerelosen Waren, die nicht mit Schiffen, Flugzeugen oder Zügen transportiert werden müssen (Bénassy-Quéré, 2024). Gemeint ist die Zunahme von Bildungs-, Informations-, medizinischen und juristischen Dienstleistungen, die heute weltweit produziert und gehandelt werden. Diese virtuelle oder E-Globalisierung wird sich fortsetzen, auch wenn die Globalisierung der Dinge ins Stocken gerät. Aber „Dinge“ bleiben wichtig, und sie werden in die Strategiediskussion einbezogen.

Der 5. November 2024 wird als ein entscheidender Wendepunkt in die Geschichte eingehen, an dem die Welt vor einer sehr radikalen Option stand. Donald Trump und die Republikaner haben eine Wahl mit den Themen der Anti-

globalisierung, dem erbitterten Widerstand gegen den Globalismus und der Verpflichtung, Amerika wieder groß zu machen, gewonnen. Die Demokratie ist sehr gut darin, die leidenschaftlichsten Sorgen der Bürger – der Wähler – aufzugreifen. Die Amerikaner waren besorgt über Inflation und Einwanderung.

Wenn die Demokratie gut darin ist, Ängste aufzuzeigen, muss sie nicht unbedingt gut darin sein, die besten Lösungen zu finden. Amerikaner sind über Preiserhöhungen besorgt, aber Zollerhöhungen werden die Preise für viele Waren in die Höhe treiben. Haushaltsgeräte, Elektronik und Kleidung werden teurer werden. Die amerikanischen Landwirte, die in einigen Bundesstaaten, einschließlich der Swing States im Mittleren Westen, einen wichtigen Teil der Wählerschaft ausmachen, werden von den Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder betroffen sein. Die Welt im Allgemeinen, einschließlich Amerika, wird unter einem Zollkrieg leiden.

Die handelspolitische Debatte

Die Handelspolitik wird allerorten diskutiert, aber die Diskussion wird nicht ehrlich geführt. Anstatt über Kosten und Nutzen zu sprechen, wird die Diskussion in eine grobe Polarisierung zwischen „uns“ und „Ausländern“ gekleidet. Was sich als neuer Konsens herauskristallisiert hat, führt zu kostspieligen, wirtschaftlich nachteiligen Ergebnissen.

Der einzige wesentliche oder politisch relevante Teil der einzigen TV-Debatte im Präsidentschaftswahlkampf zwischen Kamala Harris und Donald Trump fand in den ersten Minuten statt. Harris bezeichnete den Vorschlag von Trump, allgemeine Zölle in Höhe von 20 % zu erheben, mit einem Satz von 60 % für in China hergestellte Waren, als allgemeine Umsatzsteuer. Trump entgegnete daraufhin fälschlicherweise, dass die Kosten von den ausländischen Herstellern und nicht von den amerikanischen Bürgern getragen würden, stellte aber auch richtig fest,

© Der/die Autor:in 2024. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Prof. Dr. Dr. h. c. Harold James ist Professor für Geschichte und Internationale Politik an der Princeton University.

dass er als Präsident bereits Zölle erhoben habe und Joe Biden diese (größtenteils) nicht gesenkt habe. So schlimm können sie also nicht sein. Harris blieb eine Antwort auf diesen Punkt schuldig.

Wissenschaftler haben zahlreiche empirische Belege für die Auswirkungen des Handels vorgelegt, und die Ergebnisse sind – vielleicht überraschenderweise – wenig umstritten. Die umfangreichste Studie von Autor et al. (2024) zeigt, dass die Trump-Zölle keine positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe haben, also in dem Bereich, der eigentlich geschützt werden sollte. Berücksichtigt man die Vergeltungszölle anderer Länder, hat die Trump-Maßnahme in den Vereinigten Staaten sogar zu Arbeitsplatzverlusten geführt. Der politische Effekt der Zölle bestand jedoch darin, die Stimmen der Republikaner in den Gebieten zu erhöhen, in denen die „geschützten“ Arbeitnehmer arbeiteten. Die Schlussfolgerung ist, dass die Zölle zwar politische, aber keine wirtschaftlichen Vorteile bringen.

Der politische Effekt, der die Republikaner begünstigte, hätte für Biden kein Grund sein dürfen, die Zölle aufrechtzuerhalten. Aber zu diesem Zeitpunkt hatte die Rhetorik der Eskalation des Handelskriegs die Vereinigten Staaten erfasst, und das Kalkül war, dass ein „Zugeständnis“ an China politisch kontraproduktiv gewesen wäre – obwohl es in Wirklichkeit ein Zugeständnis an die amerikanischen Verbraucher gewesen wäre.

Inzwischen hat sich die gängige Meinung durchgesetzt, dass der Freihandel ein gefährlicher Teil einer diskreditierten „neoliberalen“ Ideologie ist, die von den Vereinigten Staaten und dem Westen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts nach dem Ende des Kalten Kriegs eingeführt wurde. Der Angriff auf diesen Grundsatz erfolgt in Form einer Zangenbewegung von rechts und links. Wladimir Putin und Victor Orbán machen den Angriff auf den Neoliberalismus zum Kern ihrer Ideologie und versuchen zu erklären, wie wirtschaftliche Offenheit zum Zerfall traditioneller gesellschaftlicher Werte führt. Die Linke hat schon lange Argumente für die zersetzenden Auswirkungen des Neoliberalismus vorgebracht. Zentristen wie Biden kamen dann zu der Überzeugung, dass sie politisch profitieren könnten, indem sie Themen aufgriffen, die von der Rechten und der Linken geteilt wurden.

Friedman gegen Friedman

Der Handelskonflikt ist für Trump seit den 1980er Jahren ein zentrales Anliegen, als er sich leidenschaftlich über eine angebliche japanische Bedrohung zur Übernahme der Welt aufregte. Damals sahen viele Japan in einem Krieg um die Weltherrschaft, in dem eine mächtige zentralisier-

te Verwaltung im Ministerium für Investitionen, Handel und Industrie (MITI) eine subventionsgetriebene Industriepolitik ausheckte, die es großen japanischen Unternehmen ermöglichte, Marktanteile zu gewinnen und ihre internationalen Konkurrenten zu vernichten. In der Automobilindustrie, wo der Absatz japanischer Autos in den USA seit den 1970er Jahren sprunghaft angestiegen war, war dies offensichtlich. Als die USA darauf mit einer ausgehandelten Auferlegung von zahlenmäßigen Beschränkungen („Voluntary Export Restraints“) reagierten, gaben die Japaner den Niedrigpreissektor einfach auf und stellten Luxusautos her. Der amerikanische Politikwissenschaftler George Friedman schrieb 1991 zusammen mit Meredith LeBard eine erschreckende Prophezeiung der Zukunft: „The Coming War With Japan“ (1991). Als das Buch von George Friedman herauskam, war die japanische Blasenwirtschaft aber bereits zusammengebrochen.

In der Phase des rasanten Wachstums erwarb Japan auch Prestigeobjekte: Hollywood-Studios, als Sony in den späten 1980er Jahren Columbia Pictures von Coca-Cola übernahm, oder das Lincoln Center in New York mit seiner ikonischen Wintereisbahn. Trumps eigener Zorn soll sich entladen haben, als er 1988 eine Auktion für das im Filmklassiker „Casablanca“ verwendete Klavier an einen japanischen Sammler verlor. Ein Jahr später forderte er im Fernsehen eine 15 bis 20%ige Steuer auf Importe aus Japan mit dem Argument, dass „Amerika abgezockt wird. Wir sind eine Schuldernation, und wir müssen Steuern und Zölle erheben, wir müssen dieses Land schützen.“ Er sprach auch über Deutschland, Südkorea und Saudi-Arabien (Tankersley & Landler, 2019). In den 2000er Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt auf China, aber die Sorge um Deutschland blieb. Er brachte sie oft in Form einer ausgeprägten Abneigung gegen deutsche Autos zum Ausdruck, obwohl Trump gerne antike Biedermeiermöbel aus Deutschland für sein Penthouse an der Fifth Avenue sammelte.

In seiner ersten Amtszeit dachte er über einen 35%igen Zoll auf deutsche Autos nach und sagte Präsident Macron, er wolle keine deutschen Autos auf der Fifth Avenue sehen (Wattles & Riley, 2018). Während des Wahlkampfs 2024 erklärte er in Georgia – einem der Südstaaten mit einer großen Präsenz ausländischer Automobilhersteller: „Ich möchte, dass deutsche Autofirmen zu amerikanischen Autofirmen werden. Ich werde ihnen die niedrigsten Steuern, die niedrigsten Energiekosten und die geringste regulatorische Belastung sowie freien Zugang zum besten und größten Markt der Welt bieten, aber nur, wenn sie ihr Produkt hier in Amerika herstellen“ (o.V., 2024). Tatsächlich befindet sich das größte Werk von BMW bereits in Spartanburg, South Carolina. Angela Merkel versuchte immer wieder als Bundeskanzlerin, Trump an die Zahl der

von deutschen Unternehmen in den USA geschaffenen Arbeitsplätze zu erinnern.

Die Trump-Vorschläge von 2024 – wie das gesamte neue Trump-Paket – sind viel radikaler als die Maßnahmen der vergangenen Trump-Präsidentschaft. Sie bergen viel größere Gefahren. Zunächst einmal sind die Preiseffekte viel größer und die Wohlfahrtsverluste dementsprechend einschneidender. Verschiedene Schätzungen der jährlichen Kosten eines 20%igen Zolls für den Durchschnittsverbraucher und 60 % auf chinesische Ausfuhren reichen von 2.600 US-\$ (Peterson Institute) bis zu 3.900 US-\$ (Center for American Progress) (Riley, 2024, Tabelle 1).

Die Sichtweise von George Friedman über die Handelsbeziehungen zwischen den USA und Japan war nicht die beste Art, den wirtschaftlichen Wandel des späten zwanzigsten Jahrhunderts zu betrachten. Aber die Nullsummen-Mentalität hilft auch nicht wirklich bei der Bewältigung der heutigen Herausforderungen, denen sich die Amerikaner gegenübersehen. Milton Friedman hatte eine ganz andere Sichtweise auf japanische Autos als George Friedman: Die Konkurrenz überlegener japanischer Autos sei ein Ansporn zu Innovation und Verbesserung für amerikanische Hersteller, und ein Schutz würde nur zu einem längeren und schmerzhafteren Prozess des Niedergangs führen, da sie mehr und mehr mit minderwertigen Produkten in Verbindung gebracht würden (Levy, 1992). Auch die drohende Ausweisung von Ausländern, von denen viele in Beschäftigung sind, wird den Preisdruck nicht verringern oder mehr Arbeitsplätze für die verbleibenden Amerikaner schaffen.

Es gibt auch konzeptionelle Probleme, die der Einführung eines stark diskriminierenden Zolls im Wege stehen. Die meisten Produkte sind das Ergebnis komplexer Lieferketten, sodass eine Stufe in China liegen kann, die Endproduktion oder Montage aber woanders (Baldwin, 2019). Viel Aufmerksamkeit wurde dem Anstieg der amerikanischen Importe aus Mexiko und Vietnam gewidmet, während diese Länder gleichzeitig mehr Waren aus China beziehen. Ein großer Teil der US-amerikanischen Generika kommt aus Indien, aber die dortige Produktion verwendet Chemikalien, die von China geliefert werden. Sollten diese Produkte besteuert werden, sind die Amerikaner dann bereit, die Preise für Medikamente, auf die sie angewiesen sind, stark ansteigen zu lassen? Einige werden sich die höheren Preise nicht leisten können, was Krankheit und erhöhte Sterblichkeit zur Folge haben wird.

Es würde lange dauern, bis die USA wirklich autark werden. Derzeit wird in ein neues TSMC-Halbleiterwerk in Arizona mit einem Investitionsvolumen von 40 Mrd. US-\$

investiert, dessen Fertigstellung sich jedoch ständig verzögert (derzeit wird sie auf 2026 oder 2027 geschätzt). Kritische Komponenten für Elektrofahrzeuge kommen größtenteils aus China – Gallium, Germanium – und obwohl es alternative Quellen geben mag, wird es lange dauern, bis sie erschlossen sind (EBRD, 2023). China liefert pharmazeutische Wirkstoffe (Active Pharmaceutical Ingredients, APIs) und wichtige Ausgangsstoffe (Key Starting Materials, KSMs) oder „Bulk-Medikamente“ für die großen Mengen an Generika, die derzeit in Indien hergestellt werden. Im Jahr 2023-2024 entfielen 43,45 % der indischen Arzneimittelimporte im Wert von 3,6 Mrd. US-\$ auf China (Policy Circle Bureau, 2024). Indien hat erste Schritte unternommen, um seine Abhängigkeit durch ein neues Programm für produktionsgebundene Anreize (Production Linked Incentive, PLI) zu verringern, aber die Abkehr von China wird noch lange dauern. In der Zwischenzeit liefert Indien weiterhin die Hälfte des US-Verbrauchs an Generika.

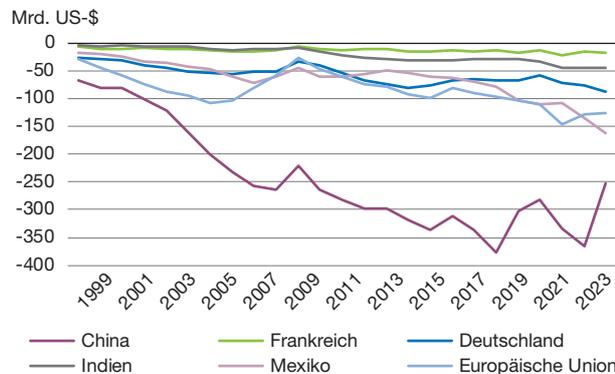
Genau die gleichen Probleme kennzeichnen die europäischen Bemühungen, die Resilienz der Lieferketten zu stärken oder ihre Anfälligkeit zu verringern. Dabei werden sie durch die mangelnde Bereitschaft behindert, chinesische Investitionen zuzulassen. In einigen Branchen, wie z. B. bei den meisten Solarpanelen, ist der Moment, in dem Europa die Produktion hätte ausweiten und die Kosten senken können, bereits verpasst worden – wie der Bericht von Mario Draghi über die europäische Wettbewerbsfähigkeit leider nahelegt.

Je dringlicher es ist, die Lieferketten resilienter zu machen, desto höher sind die erforderlichen Investitionen und desto höher die Kosten. In der Zwischenzeit kann es zu Engpässen kommen, da auch die Lieferanten ihre Produktion umschichten. In einigen Bereichen mögen die Engpässe nur lästig sein, in anderen sind sie lebensbedrohlich. In Europa kam es bereits im Winter 2023/2024 zu Engpässen bei Antibiotika und der Versorgung mit Milchpulver für Babys.

Bilateralisierung

Zusammen mit der zollpolitischen Besessenheit gibt es auch eine Trumpsche Neigung, bilaterale Handelsbilanzen in den Fokus zu stellen. Hier erscheint die chinesische Herausforderung besonders bedrohlich (Abbildung 1), auch wenn – zum Teil als Folge der Trump-Zölle während der ersten Präsidentschaft und ihrer Fortsetzung mit Biden – ein Teil des chinesischen Handels in dem Sinne multilateralisiert wird, dass er über Zwischenhändler abgewickelt wird, vor allem über Vietnam und Mexiko, die ihre bilateralen Überschüsse mit den USA in die Höhe getrieben haben (Alfaro & Chor, 2023).

Abbildung 1
Bilaterale Handelsbilanzdefizite der USA



Quelle: US Bureau of Economic Analysis, US International Trade in Goods and Services, Oktober 2024.

Es könnte sich auch um eine „Teile und Herrsche“-Strategie von Trump handeln – der bilaterale Handelsüberschuss mit Frankreich ist z.B. viel geringer als der mit Deutschland. Frankreich könnte also besser behandelt werden, und die USA könnten vom weiteren Zugang zu französischen Weinen (aber nicht zu italienischen – es gibt einen italienischen Überschuss) profitieren. Das Vereinigte Königreich hat ein bilaterales Defizit mit den USA, sodass man erwarten könnte, dass es leicht zu einem Handelsabkommen kommen könnte, vor allem jetzt, da es nicht mehr Mitglied der EU ist. Allerdings gibt es Anzeichen dafür, dass es Trump zutiefst stört, vom Schatzkanzler über die Vorteile des Freihandels belehrt oder vom Außenminister als Nazi beschimpft zu werden. Die hochkarätige Unterstützung der Regierung und der Labour-Partei für Kamala Harris im Wahlkampf wird dem Vereinigten Königreich vorgehalten werden.

Der bilaterale Fokus sollte die USA dazu veranlassen, sich stärker auf Südamerika zu konzentrieren, wo die USA Überschüsse haben, nicht aber auf Mexiko, das seit langem im Mittelpunkt der Trumpschen Missgunst steht. Am Vorabend der Wahl erklärte Trump den Wählern in North Carolina, was er der neuen mexikanischen Präsidentin sagen würde: „Ich werde sie gleich am ersten Tag oder früher darüber informieren, dass ich sofort einen Zoll von 25 Prozent auf alles erheben werde, was sie in die Vereinigten Staaten von Amerika schicken, wenn sie diesen Ansturm von Kriminellen und Drogen auf unser Land nicht stoppen“ (The Economist, 2024). Die Einwanderungsproblematik wurde sogar als Rechtfertigung für 100%ige Zollsätze angeführt (Stein, 2024).

Kurz gesagt, von Washington geht eine mehrdeutige Botschaft aus, die zwangsläufig zu Verunsicherung führt:

Das ist in der Tat der Plan, der sich mit der so genannten „Madman“-Theorie der diplomatischen Hebelwirkung deckt (die ursprünglich von Richard Nixon geprägt wurde). Es ist kaum verwunderlich, dass die deutschen Automobilaktien seit der Wahl stark gefallen sind.

Die Verhandlungen werden vor dem Hintergrund der neuen Unsicherheit schwierig sein. Es scheint eine neue Industriestrategie erforderlich zu sein, aber es ist leicht zu erkennen, dass dies zu Ineffizienzen und Fehlinvestitionen führen könnte. Ein wesentlicher Teil des Unbehagens, an dem die deutsche Ampelkoalition schließlich zerbrach, entstand aus der Enttäuschung über die Industriepolitik, über das Heizungsgesetz, aber auch über die vom Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagenen hohen Subventionen für Hightech-Investitionen. Kürzlich kam der Plan von Intel ins Stocken, im Osten Magdeburgs eine hochmoderne Halbleiter-Megafabrik zu bauen, die vom deutschen Steuerzahler mit 10 Mrd. Euro subventioniert werden sollte. Im westlichen Saarland wurde der von Wolfspeed und dem deutschen Automobilzulieferer ZF geplante Bau einer Halbleiterfabrik verschoben.

Debatten zu handelspolitischen Maßnahmen führen...

Zölle stellen ein Hemmnis für den Handel dar. Sind wir bereit, die US-Wirtschaft und damit auch die Weltwirtschaft durch Protektionismus zum Absturz zu bringen, und zwar in einem Ausmaß, das weitaus größer wäre als die schlechten Reaktionen auf den Hawley-Smoot Act im Jahr 1930 (Irwin, 2017; Boer & Rieth, 2024)? Dieser Zoll verstärkte eine Dynamik, die zu der katastrophalen Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegsjahre führte.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Die eine ist, das protektionistische Experiment zu wagen und die Ergebnisse abzuwarten. Das Ergebnis wäre ein massiver Verlust von Arbeitsplätzen und die Verbreitung von Unzufriedenheit und Instabilität in der ganzen Welt. Das wäre eine Wiederholung der 1930er Jahre, eines kläglichen Experiments, das schließlich in der Nachkriegswelt zu der Erkenntnis führte, dass Handel allgemeinen Wohlstand hervorbringt. Die andere Möglichkeit ist, eine ernsthafte und evidenzbasierte Diskussion über die Auswirkungen des Handels zu führen. Theoretisch sollte es einfach sein, die dahinterstehende Politik zu erklären. Wenn der Kompromiss zwischen der Finanzierung der Staatsausgaben durch das Äquivalent einer Umsatzsteuer und dem Rückgriff auf Einkommensteuern besteht, ist das Ergebnis des Protektionismus höchst regressiv. Gering- und Durchschnittsverdiener sind unverhältnismäßig stark von den Zöllen betroffen, während diese für Besserver-

diener kaum einen Unterschied machen. Die Besitzer von Luxusjachten sind nicht wirklich auf Einfuhren aus China angewiesen.

Wie kann eine solche Debatte aus den Korridoren der Wissenschaft herausgeholt werden? In den Vereinigten Staaten gibt es keine Tradition von Volksabstimmungen auf Bundesebene, aber es wäre ein eindrucksvolles und politisch wie wirtschaftlich lohnendes Experiment, die Wähler zu fragen, ob sie höhere Zölle oder Verbrauchssteuern und Einkommensteuersenkungen bevorzugen. Die beste Antwort auf den „Populismus“ könnte darin bestehen, den Mut zu haben, die Menschen zu bestimmten Themen zu befragen, und der Zoll ist das dringendste. Wir werden diese Debatte wahrscheinlich aber erst nach einer sehr schlechten Erfahrung mit einem Zollschock beginnen.

... oder Maßnahmen zur Re-Globalisierung stärken

Der Vorstoß zu einer Re-Globalisierung hat eine wesentlich solidere Grundlage.

1. In einer Welt, die vor enormen technischen Herausforderungen steht, im Gesundheitswesen und in der Umwelt, präsentieren sich Lösungen als gemeinsame oder globale öffentliche Güter. In den Jahren 1944 und 1945 betonten die Gestalter der Nachkriegsordnung, dass Frieden und Wohlstand unteilbar sind und nicht das Eigentum einer einzelnen Nation sein können. Heute sind Gesundheit und Glück für einzelne Staaten oder Regionen ganz unabhängig von ihrer Umgebung unmöglich.
2. Es gibt eine konkrete historische Lektion. In den historischen Fällen veränderte und verband die Technologie diejenigen Staaten, die an der Globalisierung teilnahmen. In der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts waren es die Dampfschiffe, die Seekabel und die Eisenbahn. Im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts war es die Rechenleistung: Der erste weit verbreitete Personal Computer erschien 1981. Heute sind es die Daten, die die Welt verbinden und Lösungen für Probleme bieten. Die naheliegende Antwort auf die aktuelle Forderung nach größerer Effizienz der Verwaltung betrifft den Umgang, die Bündelung, die Auswertung und Verbreitung sowie die Nutzung von Big Data. Die Verfügbarkeit neuartiger Informationen bietet die Möglichkeit, einige der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, die durch die COVID-19-Krise deutlich geworden sind. Eine stärkere Automatisierung könnte bedeuten, dass einige der repetitiven und gefährlichen Aufgaben, die von schlecht bezahlten, unverzichtbaren Arbeitskräften ausgeführt werden, von Maschinen übernommen werden könnten. Telemedizin und daten-
3. Die Globalisierungskrisen erzeugen unmittelbar eine starke Nachfrage nach billigen und zuverlässigen Produkten: Lebensmittel in der Krise Mitte des 19. Jahrhunderts; Öl und Rohstoffe in den 1970er Jahren; medizinische Versorgung, Halbleiterchips, seltene Erden in den 2020er Jahren. Diese Produkte müssen international produziert und gehandelt werden, und zwar am besten mit einer Vielzahl von Anbietern, um die Resilienz der Lieferketten zu gewährleisten.
4. Es besteht auch ein Bedarf an ständiger Innovation. Sich von der Welt abzuschneiden, würde bedeuten, dass man nicht mehr aus einer Vielzahl von Experimenten lernen kann. Die Geschichte der Suche nach einem wirksamen Corona-Impfstoff – eines der Wunder des Jahres 2020 – war nicht der Erfolg eines einzelnen Landes oder seiner besonderen Kultur der Wissenschaft und Innovation.
5. Die Geschichte der Innovation gilt auch für Regierungen und deren Effizienz und Kompetenz. Es ist nicht möglich, im Alleingang brillant zu sein. Selbst wenn ein bestimmter Schritt zufällig erfolgreich erscheint – z. B. der anfängliche deutsche Ansatz zur Eindämmung der Pandemie durch Tests oder später die rasche Einführung des britischen Impfstoffs –, besteht das Risiko, dass sich dieses Glück in anderen Politikbereichen nicht wiederholt.

Eine effektivere Verwaltung auf der Grundlage von Big Data scheint die Preisgabe eines gewissen Teils der Privatsphäre zu erfordern. Sie wird auf Widerstand stoßen, der sich auf die Berufung auf historische Stärken oder Werte stützt, die kompromittiert zu sein scheinen. Europa hat ein hohes Bewusstsein für die Bedeutung des Schutzes personenbezogener Daten und wird sich schwertun, einen akzeptablen Kompromiss zwischen mehr Kapazität und der Preisgabe personenbezogener Informationen zu finden. Die Unfähigkeit, eine Lösung für die Nutzung von Daten zu finden, wird die Europäische Union zunehmend ineffektiv und ihre Politik unkoordiniert erscheinen lassen. Das wird einen Kreislauf der Unzufriedenheit auslösen, der die EU belasten oder sogar auseinanderdividieren wird. Die USA könnten trotz der handelsfeindlichen Rhetorik von Trump als paradoxe Gewinner in einer neuen Welt des neu re-globalisierten internationalen Handels hervorgehen, mit tiefgreifenden Innovationen, die von den Tech-Unternehmern des Silicon Valley vorangetrieben werden, die ein wesentlicher Bestandteil der Trump-Koalition waren und auf ihre Belohnung warten.

Literatur

- Alfaro, L., & Chor, D. (2023). Global Supply Chains: The Looming „Great Reallocation“. *NBER Working Paper*, Nr. 31661.
- Autor, D., Beck, A., Dorn, D. & Hanson, G. H. (2024). Help for the Heartland? The Employment and Electoral Effects of the Trump Tariffs in the United States. *NBER Working Paper*, Nr. 32082.
- Bénassy-Quéré, A. (2024, 3. Oktober). *The Policy Mix in a World of Supply Shocks* [Rede an der Universität von Bordeaux].
- Baldwin, R. (2019). *The Great Convergence: Information Technology and the New Globalization*. Harvard University Press.
- Boer, L. & Rieth, M. (2024). The Macroeconomic Consequences of Import Tariffs and Trade Policy Uncertainty. *IMF Working Paper*, 24/13.
- EBRD – European Bank for Reconstruction and Development. (2023). *Transition Report 2023-24*.
- Friedman, G., & LeBard, M. (1991). *The Coming War with Japan*. St. Martin's Press.
- Irwin, D. A. (2017). *Peddling Protectionism: Smoot-Hawley and the Great Depression*. Princeton University Press.
- Levy, D. (1992, 1. Juni). *Interview with Milton Friedman*. Federal Reserve Bank of Minneapolis.
- o.V. (2024, 24. September). Trump: German car firms should become American. *Yahoo!news*.
- Policy Circle Bureau. (2024, 22. Juni). India struggling to free pharma industry from dependence on Chinese APIs. *Policy Circle*.
- Riley, B. (2024, 4. November). “Tariffflation” threatens American households. *National Taxpayers Union Blog*.
- Stein, J. (2024). Trump threatens up to 100 percent tariffs on Mexico over immigration. *Washington Post*.
- Tankersley, J. & Landler, M. (2019, 15. Mai). Trump's Love for Tariffs Began in Japan's '80s Boom. *New York Times*.
- The Economist. (2024, November 7). Donald Trump is poised to smash Mexico with tariffs. *The Economist*.
- Wattles, J. & Riley, J. (2018, 31. Mai). Why President Trump's obsession with German cars is misplaced. *CNNMoney*.

Title: Customs Tariffs as a Trump Card

Abstract: *The trade policies of the new Trump Administration will lead to job losses and higher consumer prices. Moreover, the emphasis on bilateral trade balances is likely to be restrictive. The current protectionist tide is due to the lack of an honest public debate about the potential benefits of free trade. Referendums could reveal voters' preferences between tariffs and alternative sources of income. Data-driven policymaking would be a counterweight to politically motivated protectionism and could pave the way for a new wave of globalisation.*